

Rechtliche Grundlagen zur Schuldenstreichung gefordert

An einer Tagung zu illegitimen Schulden, welche am 29. März 2003 unter der Leitung von Jubilee Nederland in Utrecht stattgefunden hat, wurden internationale Beobachtungs- und Kontrollinstanzen gefordert, welche die Kreditgeber für die Auswirkungen ihrer Kreditvergabe zur Rechenschaft ziehen können.

Lis Füglistner

An der Konferenz nahmen unter anderen auch eine Delegation der Entschuldungs- und Entschädigungskampagne aus Südafrika und ein Vertreter des Afrikanischen Netzwerkes für ökologische und ökonomische Gerechtigkeit aus Nigeria teil. Die AFP wurde eingeladen, an einem Podium mit dem Titel "Die Geheimnisse der verschwundenen Gelder" über die Gesetzesentwicklungen auf dem Schweizer Finanzplatz zu berichten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage nach der Legitimität von Schulden. Die Debatte um die Odious Debts (verabscheuenswürdigen Schulden) nimmt in den Kreisen der NGO, die sich mit den Entschuldungsfragen beschäftigen, erfreulicherweise zunehmend einen wichtigen Platz ein. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie die Schulden eines Staates zu Stande kamen. Die Forderungen sind klar. Wer ein demokratisch nicht legitimes, korruptes, die Menschenrechte missachtendes Regime durch finanzielle Beiträge stützt, trägt Mitschuld an den verbrecherischen Taten des Machthabers und soll kein Recht auf Einforderung der Schuldzinsen oder des Kredites erhalten. Solche Schulden sollen bei einem Machtwechsel von einer international anerkannten Instanz in einem unabhängigen, rechtlichen Verfahren als illegitim erklärt und die demokratisch gewählte Nachfolgeregierung aus dem Schuldendienst befreit werden. Die Problematik der Fälle, wo ein Regime erst nach dem Umsturz als illegitim erklärt wird, kam an dieser Tagung nicht zur Sprache (s. dazu fpi 3/02).

Das Ergebnis einer solchen Schuldenpolitik wäre, dass die Vergabe von Krediten für ethisch verwerfliche Projekte und menschenrechtsmissachtende Regimes für die Kreditgeber ein erhebliches wirtschaftliches Risiko beinhalten und somit ökonomisch uninteressant würde. Erfreulicherweise konnte an der Tagung festgestellt werden, dass sich NGO, die sich mit der Schuldenproblematik der südlichen Länder befassen, zunehmend mit rechtlichen Begründungen und historischen Tatsachen argumentieren. Es stellt sich nun die Frage, wie die Forderungen nach juristischen Richtlinien zu Schuldenstreichungsrechten in die politische Arbeit einbezogen werden kann.

Bruno S. Frey, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich argumentiert in der NZZ am Sonntag vom 18. Mai 2003, es sei nicht die Aufgabe der Banken, darüber zu richten, ob eine Regierung moralisch unbedenklich sei oder nicht. Der nützlichste Weg, über die Legitimität von Schulden zu urteilen, sei es, die Kreditvergabe an international geltende und allgemein akzeptierte Bedingungen zu knüpfen. Genau dort setzt die an der Rechtsfakultät der McGill Universität in Kanada soeben erschienene Studie "Advancing the Odious Debt Doctrine" an. Die juristische Untersuchung fokussiert auf die Frage der Kreditvergabe und der Verwendung der geliehenen Geldern. Sie stellt die rechtlichen Grundlagen für die Kreditvergabe vor, untersucht elf Rechtsfälle, bei denen die Odious Debt-Doktrin zur Anwendung gekommen ist und zeigt die juristischen Möglichkeiten für ein Schuldenstreichungsverfahren aufgrund unrechtmässig vergebener Kredite auf. Als Odious Debts gelten demnach diejenigen Staatsschulden, welche aus Krediten stammen, die folgende

drei Bedingungen erfüllen: 1. Die Kredite wurden ohne die Einwilligung der Mehrheit der Bevölkerung aufgenommen. 2. Die Kredite wurden nicht zum Wohl der Bevölkerung eingesetzt. 3. Die Kreditgeber haben von der unrechtmässigen Verwendung des Geldes gewusst.

Mit dieser neuen McGill Studie haben wir die Möglichkeit, die bis anhin oft unklare Definition von unrechtmässigen Schulden auf eine greifbare politische Ebene herunter zu holen.

Ob sich die Odious Debts Doktrin auf internationaler Ebene in absehbarer Zeit durchzusetzen vermag, ist fraglich. Sicher ist jedoch, dass die künftigen Schuldendebatten vermehrt von der Frage der Legitimität der Schulden geprägt sein werden.